

- 1. Rechtliche Rahmenbedingungen
- 2. Aktuelle Situation
- 3. Prämissen der Planung
- 3.1. Kurz-, mittel- und langfristige Optionen
- 3.2. Konkrete Planung
- 4. Weiteres Vorgehen
- 5. Politische Bewertung

1. rechtliche Rahmenbedingungen

- Menschen, die in Deutschland einen Asylantrag stellen, werden vom Bund auf die Bundesländer verteilt. Die Quote richtet sich nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel.
- Rheinland-Pfalz muss 4,8 Prozent der Asylsuchenden aufnehmen, die nach Deutschland kommen.
- Die Bundesländer haben Erstaufnahmeeinrichtungen für die Menschen, verteilen sie aber nach einer gewissen Zeit weiter auf die Kommunen.
- Ludwigshafen ist gesetzlich verpflichtet, 4,5 Prozent der Menschen aufzunehmen, die nach Rheinland-Pfalz zugewiesen werden.

2. aktuelle Situation

Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verzeichnet Deutschand seit 2021 einen deutlichen Anstieg der Asylanträge.

Entwicklung seit 2013:

2013: 127.023 Asylanträge2014: 202.834 Asylanträge2019: 165.938 Asylanträge

2015: 476.649 Asylanträge **2020:** 122.170 Asylanträge

2016: 745.545 Asylanträge **2021**: 190.816 Asylanträge

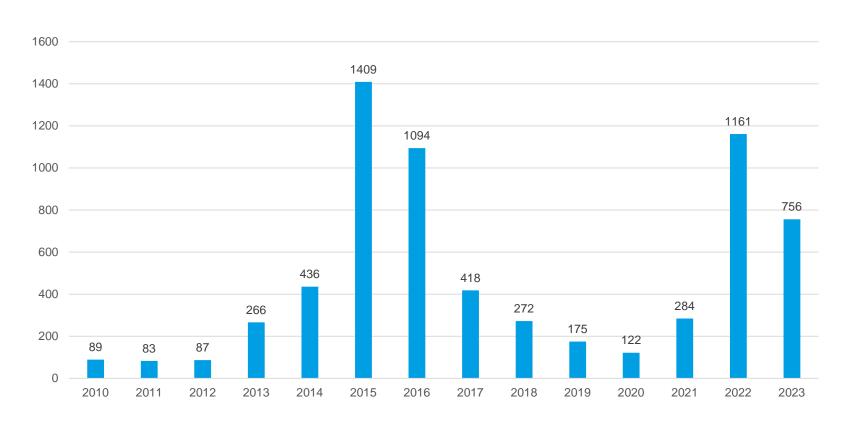
2017: 222.683 Asylanträge **2022:** 244.132 Asylanträge

=> Von Januar bis September 2023 waren es bereits 251.213 Anträge.



2. aktuelle Situation

Der Jahresvergleich zeigt die Entwicklung in Ludwigshafen seit 2010.





2. aktuelle Situation

- Die Zuweisungen bis 14. November 2023 sind bereits mehr als doppelt so hoch, wie im Jahr 2021.
- 1.603 Menschen hat die Stadt aktuell untergebracht. Fast 1.000 davon haben eine Aufenthaltserlaubnis, finden aber keine Wohnung auf dem freien Markt.
- Bis Mitte/Ende Dezember 2023 sind alle verfügbaren Plätze in bestehenden regulären Unterkünften und Notunterkünften belegt.
- Ein Rückgang der Zahl der Asylanträge ist nicht zu erwarten. Die Stadt rechnet für 2024 mit mindestens der gleichen Zahl an Zuweisungen wie 2023.
- >> Die Schaffung von weiteren Notunterkünften ist dringend erforderlich.

3. Prämissen der Planung

- Sporthallen, Turnhallen, Gemeinschaftshäuser, aber auch Flächen, die für den Neubau von Kindertagesstätten vorgesehen sind, bleiben unangetastet.
 - > Damit zieht die Stadtverwaltung die Konsequenzen aus den Folgen der Corona-Pandemie insbesondere für Kinder und Jugendliche und würdigt den wichtigen Beitrag des Breitensports und der Gemeinschaftshäuser für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Ausgeschlossen hat die Stadtverwaltung auch die Nutzung der Eberthalle als kurzfristig zu realisierende Unterkunft.
 - > Sport, Kultur und Freizeit sind wichtig für eine Stadtgesellschaft, sie stärken das Miteinander.



3. Prämissen der Planung

- Mögliche Standorte werden im Hinblick auf unterschiedliche Rahmenbedingungen untersucht, beispielsweise:
 - > Verfügbarkeit
 - > Größe und Beschaffenheit
 - > Auswirkungen auf die Nachbarschaft
 - > Zentrale Steuerung
 - > Integration, Betreuung und Sicherheit
- Ständiger Dialog und transparente Information
 - > Stadtrat, Ortsbeirat, Anwohner*innen und Nachbar*innen der Standorte werden jeweils umfassend vorab informiert.

3.1 kurz-, mittel- und langfristige Optionen

Die Stadt hat folgende Lösungsoptionen im Blick:

- Kurzfristig wird eine weitere, vorübergehende Notunterkunft geschaffen, Bezug: Mitte Dezember 2023.
- Kurz- und mittelfristig werden zusätzliche, vorübergehend zu nutzende Unterkünfte in Leichtbauweise an dafür geeigneten Standorten geschaffen, Bezug voraussichtlich ab Frühjahr 2024.
- Parallel Planung und Bau von neuen, langfristig zur Verfügung stehenden Unterkünften in Modulbauweise, Bezug ab Ende 2024.
- >> Die Standortentscheidung für die neue, vorübergehende Notunterkunft ist getroffen, für die weiteren Unterkünfte bewertet die Stadtverwaltung derzeit in Frage kommende Optionen.

Unterbringung von Geflüchteten in Ludwigshafen 3.2 konkrete Planung

Die neue, vorübergehende Notunterkunft soll in der Walzmühle, in den Räumen eines ehemaligen Supermarktes entstehen, die zum Teil bereits als Impfzentrum genutzt wurden. Der Standort hat aus Sicht der Verwaltung folgende Vorteile:

- Die Fläche ist sofort verfügbar, geeignet und kann in kürzester Zeit hergerichtet werden.
- Die Verwaltung kennt die Räume und den Vermieter.
- Die Walzmühle bietet Platz für bis zu 400 Menschen. Eine Nutzung ist bis längstens nach der Sommerpause 2024 möglich.
- Einzige Alternative unter dem genannten Zeitdruck wäre eine Nutzung der Eberthalle.

>> Die Stadt bittet deswegen den Stadtrat heute um Zustimmung zum Mietvertrag für die Räumlichkeiten in der Walzmühle.



4. weiteres Vorgehen

Die Stadtverwaltung informiert wie in der Vergangenheit regelmäßig und transparent über ihre Planungen.

- Die Stadtverwaltung informiert heute unmittelbar den Stadtrat, den Ortsvorsteher und die Mitglieder des Ortsbeirats Südliche Innenstadt.
- Anwohner*innen der Walzmühle lädt die Stadtverwaltung zu einer Versammlung Anfang Dezember ein. Sie erläutert dort die Planung und beantwortet Fragen.

4. weiteres Vorgehen

Die Stadtverwaltung kennt die Sorgen der Anwohner*innen und Nachbar*innen im Quartier und nimmt sie sehr ernst. Deswegen sagt sie zu:

- Security, Polizei und Stadtverwaltung sorgen für Sicherheit in der und im Umfeld der Unterkunft.
- Die Stadtverwaltung stellt die Betreuung der Bewohner*innen in der Unterkunft sicher, macht Angebote zu Integration, Sprachkursen und gemeinnütziger Arbeit.
- Eine speziell eingerichtete Anlaufstelle klärt schnell und auf direktem Weg Anliegen der Anwohner*innen.

4. weiteres Vorgehen

In den kommenden Wochen schließt die Stadtverwaltung die Prüfung möglicher weiterer geeigneter Flächen für die geplanten kurz- und mittelfristig sowie langfristig zu nutzenden Standorte im Stadtgebiet ab.

- Sobald eine definitive Entscheidung zugunsten eines Standortes gefallen ist, wird die Verwaltung die Gremien und Nachbar*innen informieren.
- Für jeden Standort wird es ein Dialogangebot an die Nachbar*innen geben.



5. politische Bewertung

Appell an Land und Bund: Ludwigshafen ist am Limit!

- Die Aufnahmekapazitäten sind praktisch erschöpft.
- Die Stadt hangelt sich von Notlösung zu Notlösung.
- Es gibt keine ausreichende Finanzierung durch Land und Bund für die Unterbringung Geflüchteter.
- Die Akzeptanz der Politik vor Ort ist auch davon abhängig, dass die Herausforderungen bei der Unterbringung die Haushaltskrise der Stadt nicht verschärfen.

Unterbringung von Geflüchteten in Ludwigshafenpolitische Bewertung

Gegenüber Land und Bund fordern wir:

- eine sensible und auf die Bedürfnisse und Herausforderungen vor Ort angepasste Zuweisungs- und Migrationspolitik, zum Beispiel schnellere Abschiebungen
- keine Zuweisung von Asylbewerber*innen, die keine Chance auf Anerkennung haben, in die Kommunen
- eine angemessene finanzielle Ausstattung für die übertragenen Aufgaben.
- eine faire Lösung der Finanzkrise zur Wiederherstellung von Gestaltungsspielräumen für den sozialen Zusammenhalt
- die Anerkennung, dass Kommunen Entscheidendes für die Demokratie leisten und daher gestärkt werden müssen.



Unterbringung von Geflüchteten in Ludwigshafenpolitische Bewertung

Wir setzen uns ein für:

- Dialog und Interessenausgleich als Instrumente der Konfliktlösung.
- humanistische und demokratische Werte
- eine sensible und faire Lasten- und Ressourcenverteilung
- eine leistungsfähige Verwaltung
- eine starke Stadt und resiliente Gesellschaft.



Vielen Dank.